

**BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT ALS BASIS POSTTRADITIONALER
GEMEINSCHAFTSBILDUNG: ZUR SOZIALPSYCHOLOGISCHEN
INFRASTRUKTUR SPÄTMODERNER GESELLSCHAFTEN**

Heiner Keupp

WOHER KOMMT DAS NEUE INTERESSE AN DER ZIVILGESELLSCHAFT?

Ein zentraler Anspruch der Moderne zielt auf die Möglichkeit, rationale Ordnungen zu stiften. Dieser Anspruch bezog seine Sicherheit aus einer immer perfekteren wissenschaftlichen Erschließung der Naturgesetze und ihrer technologischen Nutzung. Eine andere Quelle des Ordnungsversprechens war die Etablierung von Nationalstaaten (Toulmin 1991). Die Staatenbildung garantierte jeweils für ein spezifisches Territorium Regeln und Normen, nach denen innergesellschaftliches Chaos einer berechenbaren Ordnung unterworfen wird. Vor allem das staatliche Gewaltmonopol sicherte den staatlichen Institutionen ihr Ordnungsmandat. Wie Zygmunt Bauman aufzeigt, verdichtete sich im Staat in operativer Weise der Selbstanspruch der Moderne auf Herstellung eines vernunftgeleiteten Systems. Die staatlichen Institutionen werden als ein Kanon von Regeln und Normen verstanden, "mit denen man hoffte, Kontingenz in Bestimmtheit, Ambivalenz in Eindeutigkeit, Zufall in Notwendigkeit - kurz: Chaos in Ordnung verwandeln zu können" (Bauman 1996, S. 655).

Innerstaatliche Ordnung mochte so hergestellt werden, aber damit ist eine Regulation von zwischenstaatlichen Interessenkonflikten noch nicht handhabbar und entsprechend haben diese Konflikte auch schnell zu Kriegen eskalieren können. Globale Politik zielte zunächst auf die Wahrung der Souveränität jedes Nationalstaates. Sie mündete aber seit 1945 für fast ein halbes Jahrhundert in einer Blockbildung. In der prekären Machtbalance zwischen den beiden Machtblöcken und ihrer jeweiligen "Meta-Souveränität" (Bauman) lag die Entscheidung über Krieg und Frieden.

In dem Maße, wie Nationalstaaten und deren Verknüpfung zu politischen Blöcken ihre friedensregulative Funktion verlieren, richten sich die Blicke in ganz unterschiedliche Richtungen: Einerseits auf transnationale

Institutionen und Regeln, die verhindern sollen, daß Interessenkonflikte eine destruktive Dynamik annehmen können. Andererseits zieht die Mikroebene der alltäglichen Herstellung einer lebbareren gemeinsamen Ordnung wachsendes Interesse auf sich. In der allgemeinen Staatsfixiertheit, die vom rechten bis zum linken politischen Rand reichte, war zunächst einmal der Blick für die alltäglichen Herstellungsleistungen von innergesellschaftlichem Konsens, Solidarität und Ordnung getrübt. Die Erosion nationalstaatlicher Souveränitäten im Zuge der ökonomischen Globalisierung und die Implosion des sozialistischen Blocks hat zunehmend die Frage nach Qualität und Funktion zivilgesellschaftlicher Prozesse aufgeworfen. Allerdings wird diese Frage oft genug - im negativen Sinne - staatsfixiert aufgenommen und es wird danach gefragt, ob in zivilgesellschaftlichen Handlungsformen Kompensationsmöglichkeiten für einen "magersüchtigen" Staat enthalten sind. Bevorzugt richten sich solche Suchstrategien nach kompensatorischen Ressourcen auf den Bereich der Sozialpolitik (in der Forderung nach mehr Ehrenamt und nach mehr Selbst- als Fremdhilfe) und zunehmend auch auf Fragen der inneren Sicherheit (z.B. Bürgerwehren und Selbstschutzmaßnahmen).

Allerdings wird diese Suche häufig schnell abgebrochen und es werden fragwürdige "Todesanzeigen" aufgegeben: Es gäbe keinen "Gemeinsinn" und keine "Solidarität" mehr, sondern nur noch "Ichlinge" oder "Egotrippler". Solche Schnelldiagnosen resultieren aus der Erwartung, daß unterhalb der staatlichen Ordnungsmuster eine Zivilgesellschaft wie in "alten Zeiten" unverändert existieren würde. Wenn man also die Trümmer staatlicher Dienstleistungen und Regulative wegräumen würde, komme darunter die unversehrte traditionelle "Gemeinschaft" zum Vorschein, die sich in härter werdenden Zeiten als "Schicksalsgemeinschaft" verstehen und verhalten würde (so Schäuble 1994) und in der die einzelnen Bürgerinnen und Bürger ihre eigenen Selbstentfaltunginteressen zugunsten des "Gemeinwohls" zurückstellen würden. Noch immer in staatszentrierten Kategorien denkend und aus einem instrumentellen Nutzungsinteresse heraus, können die Resultate eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Individualisierungsprozesses nur als defizitär wahrgenommen werden: Menschen sind offensichtlich weniger bereit, "ihrem" Staat kompensatorisch "auszuhelfen" und sich in der Tradition des klassischen Ehrenamtes "aufzuopfern".

An der Jahrhundert- und Jahrtausendschwelle haben die aktuellen dramatischen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen grundlegende Fragen zum inneren Zusammenhalt spätmoderner Gesellschaften auf die Tagesordnung gebracht. Typisch dafür ist der Publikationsdoppelpack von Heitmeyer (1997a; 1997b) mit den Titeln "Was treibt die Gesellschaft auseinander?" und "Was hält die Gesellschaft zusammen?" Politische Essays mit höchst unterschiedlichen Antworten auf solche Fragen überschwemmen den Markt (etwa Schwarz 1996; Herzinger 1997; Grunenberg 1997). Als seriöser philosophischer Diskurs gesellt sich die Kommunitarismusdebatte hinzu (zusammenfassend: Reese-Schäfer 1997; Jaeger 1997). Es entfaltet sich eine fachlich fundierte Diskussion, die über die skizzierte verkürzende Perspektive hinausweist.

INDIVIDUALISIERUNG - EIN HÄUFIG MIßVERSTANDENER MOTOR GESELLSCHAFTLICHER VERÄNDERUNGEN

Mit einer solchen Perspektive kann weder begriffen werden, welche Konsequenzen eine tiefreichende Individualisierung unserer Gesellschaft zeitigt, noch welche Potentiale an Alltagssolidarität und an bürgerschaftlichem Engagement in diesem gesellschaftlichen Veränderungsprozeß stecken. Eine solche Perspektive, die so viel spontane Zustimmung findet, kann die Folgen des gesellschaftlichen Umbruchs offensichtlich nur als Verlustbilanz aufmachen. Individualisierungsprozesse werden gleichgesetzt mit Erosionsprozesse, deshalb gilt es einen weniger trauerumflorten Blick auf diese Prozesse zu richten, die ein ganz wesentlicher Motor für jene Veränderungen sind, die unseren Alltag gegenwärtig tiefgreifend verändern.

In den aktuellen Gesellschaftsanalysen rückt immer deutlicher der Begriff der "Individualisierung" ins Zentrum. Er formuliert einen wichtigen Trend gesellschaftlicher Veränderung. Gleichzeitig wird er oft vollständig mißverstanden. Er trifft auf spezifische Formen von Vorverständnis, die zugleich Mißverständnismöglichkeiten einschließen. Kürzlich erläuterte Ulrich Beck, was der Begriff *nicht* meint: "*nicht* Atomisierung, Vereinzelung, *nicht* Beziehungslosigkeit des freischwebenden Individuums, auch *nicht* (was oft unterstellt wird) Individuation, Emanzipation, Autonomie" (1995, S. 304). Wenn er dies alles *nicht* meint, was meint der Begriff "Individualisierung" sonst? Beck unterscheidet drei Dimensionen eines gesellschaftlichen Prozesses, der die Moderne wie

kein anderer prägt: (1) die "Freisetzungsdimension", die die "Herauslösung" aus historisch vorgegebenen Sozialformen und -bindungen im Sinne traditionaler Herrschafts- und Versorgungszusammenhänge thematisiert; (2) die "Entzauberungsdimension", also den "Verlust von traditionellen Sicherheiten im Hinblick auf Handlungswissen, Glauben und leitende Normen" und (3) die "Kontroll- bzw. Reintegrationsdimension", die sich auf eine "neue Art der sozialen Einbindung" bezieht (Beck 1986, S. 206).

Individualität und solidarische Bezogenheit sind nicht Alternativen, sondern verweisen aufeinander. Ihr Verhältnis gewinnt historisch jeweils eine eigene Gestalt, aber wohl nie diejenige sich ausschließender polarer Alternativen. Diesen Grundgedanken entwickelt auch Ralf Dahrendorf (1979) in seinem Konzept der Lebenschancen. Lebenschancen sind danach als Funktion von zwei grundlegenden Elementen zu begreifen, die er Optionen und Ligaturen nennt. Sie können unabhängig voneinander variieren und bestimmen in ihrer je spezifischen Verbindung die Entfaltungschancen, die Subjekte jeweils haben. Unter "Optionen" versteht Dahrendorf die Wahlmöglichkeiten und Handlungsalternativen, über die eine Person in ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Position und Situation verfügt. Ligaturen bezeichnen gesicherte Bezüge, Verankerungen, Einbindungen und Bindungen. Sie benennen Sinn-, Sozial- und Ortsbezüge einer Person. Sie stellen die fixen Handlungskordinaten dar, während die Optionen die entscheidungsmöglichen und -notwendigen offenen Situationen thematisieren. Vormoderne Gesellschaften mit ihren statisch-hierarchisch geordneten Sozialstrukturen, die zugleich die religiöse "Weihe" von Gott gewollter und gestifteter Ordnungen für sich in Anspruch nehmen konnten, hatten keinen Spielraum für selbstbestimmte Optionen des Subjekts. Die Ordnung der Dinge bestand in einem Korsett von Ligaturen. Der Prozeß der Modernisierung, der im Zuge der Durchsetzung der kapitalistisch verfaßten industriellen Gesellschaften in Gang kam, setzte eine dramatische Entwicklung der "Freisetzung" aus orts- und sozialstabilen Bindungen in Bewegung.

Dahrendorf zeigt, daß Modernisierung unweigerlich eine Ausweitung von Wahlmöglichkeiten bedeutet hat. Aber die kapitalistische Modernisierung schuf solche Wahlmöglichkeiten durch das Aufbrechen von Ligaturen. In den industriegesellschaftlichen Völkerwanderungen sind die traditionellen Einbindungen aufgebrochen und unwiederbringlich aufgelöst worden.

Aber dieses Abschmelzen traditioneller Orts- und Sinnbezüge kann kein linearer Prozeß sein, an dessen Ende ein Individuum steht, das sich nur noch über den Reichtum seiner Optionen beschreiben läßt. Aus der Destruktion von Ligaturen gewonnene Wahlmöglichkeiten verlieren ab einem spezifischen Punkt ihren Sinn, "weil sie" - so Dahrendorf - in einem sozialen Vakuum stattfinden, oder vielmehr in einer sozialen Wüste, in der keine bekannten Koordinaten irgendeine Richtung einer anderen vorziehbar machen" (1979, S. 52). In der industriegesellschaftlichen Modernisierungsgeschichte war es die nackte Not, die eine ins Absurde laufende Vermehrung von Optionen verhinderte. Es haben sich neue Ligaturen in Gestalt von Solidargemeinschaften des Proletariats herausgebildet, die zur Überwindung der gemeinsam erfahrenen Lebensnot genutzt wurden konnten und als zentrale Pfeiler, auf denen der moderne Sozialstaat aufbaut, eingerammt haben.

Im aktuellen gesellschaftlichen Freisetzungprozeß sind diese Ligaturen in typischer Weise betroffen. Sie lösen sich auf einem relativ hohen wohlfahrtsstaatlichen Niveau zunehmend auf. Damit verbunden ist eine gewachsene individuelle Planungs- und Gestaltungshöhe für das eigene Leben. Es erhöhen sich die Chancen, Vorstellungen von einem Stück eigenem Leben zu realisieren. Das sind die veränderten Optionen. Aber dieser Prozeß verändert auch den Typus von Ligaturen, in den sich das Subjekt einbindet, nennen wir sie "posttraditionale Ligaturen". Die aktive Sprachform ist hier mit Bedacht gewählt. Die zeitgemäßen Webmuster der sozialen Beziehungen setzen ein aktives Subjekt voraus. Dieses wird Baumeister seines eigenen Beziehungsnetzwerkes. Aber das ist nicht nur eine Freiheit, sondern eine unabdingbare Notwendigkeit. Subjekte müssen sich ihre eigenen Ligaturen bauen und wenn sie das nicht tun oder nicht können, dann erfahren sie die Lebensfeindlichkeit sozialer Wüsten.

In den nächsten beiden Schritten soll die Beschaffenheit dieser posttraditionalen Ligaturen und ihr Potential für bürgerschaftliches Engagement auf ein empirisch abgesicherte Form beschrieben werden.

POSTTRADITIONALE LIGATUREN: SELBSTSORGE ALS POTENTIAL FÜR ALLTAGSSOLIDARITÄT

Die empirische Netzwerkforschung (Überblicke bei Keupp/Röhrle 1987; Diewald 1991; Röhrle 1995) läßt ein völlig anderes Bild entstehen und wir erkennen durchaus ein erhebliches Potential von Alltagssolidarität.

(1) Beim Vergleich von Städtern und Nicht-Städtern zeigt sich, daß *urbane Lebensformen nicht aus sich heraus isolationsfördernd* sind wie häufig unterstellt. Im Gegenteil: Bewohner großer Städte haben im Durchschnitt vielfältigere Kontakte zu Freunden, Arbeitskollegen oder anderen Angehörigen von Subkulturen oder Vereinen.

(2) Netzwerke in urbanen Ballungsräumen ergeben nicht mehr das Bild traditionaler Beziehungsmuster, sie sind keine lokal fest und dicht verbundenen Solidargemeinschaften. Nachbarschaften bilden nicht mehr den verdichteten Kern sozialer Netzwerke. Diese sind eher *strukturell offen und nur lose miteinander verknüpfte Beziehungsmuster*. Gleichwohl vermitteln sie persönliche Nähe und Intimität.

(3) Gegenüber traditionellen Beziehungsmustern, die über Familie, Verwandtschaft und Nachbarschaft vermittelt waren, in die man hineingeboren war und die mit hohen Integrationsnormen zugleich persönliche Veränderungswünsche einschränkten, beinhalten die großstädtischen Netzwerke *ein höheres Maß an Eigenentscheidung, an "Wahlfreiheit"*. Dies führt zu einer persönlich zu treffenden Auswahl von Freunden und Bekannten, die sich an der Ähnlichkeit von Interessen orientiert und zu einer starken Homogenisierung sozio-ökonomischer Merkmale im Netzwerk beiträgt. Die sich so konstituierenden Beziehungsmuster besitzen häufig den Charakter von "Subkulturen".

(4) Der beschriebene allgemeine Trend städtischer Netzwerkbildung kann durch *spezifische Besonderheiten des Lebenslaufes und der Lebenslage* entscheidend verändert sein. Für Kinder und alte Menschen hat der soziale Nahraum, der lokale, nachbarschaftliche Bezug einen hohen positiven Wert. Für Frauen mit kleinen Kindern andererseits bedeutet die relativ enge Ortsbezogenheit eher eine als Belastung erlebte Restriktion von Handlungsmöglichkeiten.

(5) Der Urbanisierungsprozeß führt *nicht zur Erosion alltäglicher informeller Hilfeleistungen*. In Alltagsangelegenheiten erfolgt in der Regel Hilfe durch die Nachbarn oder Arbeitskollegen. Bei schwerwiegenden

Problemen (z.B. schwere Krankheit oder Tod eines Familienmitgliedes) suchen Menschen Hilfe vornehmlich im engeren Familien- und Verwandtschaftskreis. Da deren räumliche Erreichbarkeit durch die durchschnittlich hohe regionale Segregation häufig nicht gegeben ist, suchen Städter einerseits vermehrt bei formellen Institutionen des Gesundheits- und Sozialwesens Unterstützung. Andererseits haben sich im letzten Jahrzehnt eine Fülle von Selbsthilfeinitiativen entwickelt, in denen solidarische wechselseitige Hilfe und Unterstützungspotentiale für selbstbestimmte Lebens- und Identitätswürfe gesucht und gegeben wird. Frauen sind die mit Abstand aktiveren Beziehungsarbeiterinnen und Netzwerkerinnen. Sie haben höhere Beziehungskompetenzen und sie schaffen sich durch eigeninitiierte soziale Netze die Basis für die Realisierung neuer Lebensoptionen.

(6) In den realen Möglichkeiten und konkreten Formen der Netzwerkbildung lassen sich *die Grundmuster gesellschaftlicher Ungleichheit* nachweisen. Der Entscheidungsspielraum einer Person für die Aufnahme spezifischer sozialer Beziehungen hängt entscheidend von ihrem Status ab. Je höher der sozioökonomische Status einer Person ist, desto mehr Ressourcen hat sie für die aktive Beziehungsarbeit, desto weiter ist der soziale Möglichkeitsrahmen gespannt, aus dem persönliche Beziehungen realisiert werden können und umso seltener beschränken sie sich auf Verwandtschaft und Nachbarn. Das bedeutet andererseits, daß die Zerstörung lokaler Sozialstrukturen (etwa durch städtebauliche Modernisierungsprogramme) für sozial benachteiligte Personen in spezifischer Weise den kaum kompensierbaren Verlust von Gemeinschaft und Solidarität mit sich bringt.

(7) Zunehmende gesellschaftliche Individualisierung baut nicht in pauschaler Weise Solidarbeziehungen ab, sondern sie schafft eher *einen neuen Typus von Solidarität*. Sie wird freiwillig erbracht und weniger aus einem Gefühl der Verpflichtung, das aus traditionellen Gemeinschaftsbindungen folgt. Es gibt keinen empirischen Beleg dafür, daß religiös gebundene Menschen mehr soziales Engagement zeigen. Der neue Typus von Sozialbeziehung erweist sich im Vergleich zu der traditionellen Form zwangloser, vielseitiger, zeitlich und sachlich eingegrenzter und beweglicher. Er ist weniger von einem moralisch aufgeladenen Helferpathos geprägt.

(8) Viele Bewohner von Großstädten teilen die emotional negativ getönte Haltung von der "verlorenen Gemeinschaft", obwohl sie in multiplen Netzwerken leben, die ihnen vielfältige soziale Zugangsmöglichkeiten und Unterstützung vermitteln. In diesem Sinne haben sie einen hohen persönlichen Freiheitsspielraum, einen Raum für "strukturelle Manöver", die zur Gestaltung individueller Lebenswege genutzt werden können. Die andere Seite der gleichen Medaille zeigt das Individuum, das trotz vielfältiger loser Assoziationen zu verschiedenen Gruppen, Subkulturen und Institutionen in keine Solidargemeinschaft mit hoher Integrationskraft eingebunden ist. So scheint *der Preis hoher Selbstbestimmung und Chancenvielfalt ein Orientierungsverlust* zu sein, der die wachsende Nachfrage nach neuen sinnvermittelnden psychosozialen Dienstleistungen oder auch nach verbindlichen neuen sozialen Netzwerken, die Zugehörigkeit und Lebenssinn herstellen könnten, auslöst.

POTENTIALE BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS

Das Potential für bürgerschaftliches Engagement wird noch immer sehr voluntaristisch eingeschätzt. Wird einmal das Ende des Ehrenamtes beschworen, weil bei einigen Organisationen die Rekrutierung von ehrenamtlichen Helfern stagniert oder zurückgeht, kann man andererseits die Meldung hören: "Mehr Ehrenamtliche denn je!" (Deutsche Gesellschaft für Freizeit 1995).

Seriöse Daten liegen seit 1992 vor. Mit einer Zeitbudgeterhebung hat das Statistische Bundesamt die dato präzisesten Ergebnisse zur ehrenamtlichen Tätigkeit in Deutschland erhoben. Sie kam auf einen durchschnittlichen Wert von 17 % der deutschen Bevölkerung im Alter zwischen 12 und über 70, die sich in Vereinen, sozialen Diensten oder öffentlichen Ämtern engagiert. Die Eurovol-Studie (Gaskin et al. 1996) kam zu einem ähnlichen Befund (18%) und hat Deutschland im europäischen Vergleich die vorletzte Position zugewiesen. Für die USA oder die Niederlande wird geschätzt, daß fast die Hälfte der Bevölkerung bürgerschaftlich engagiert sei. Weicht die Situation in Deutschland tatsächlich so weit von diesen Vergleichsdaten ab? Aktuelle Daten aus dem "Sozio-oekonomischen Panel" (SOEP) aus dem Jahr 1994 mit Vergleichsdaten bis ins Jahr 1984 zurück lassen Zweifel an dieser Vermutung zu (vgl. Heinze/Keupp 1997). Entlang einiger zentraler Fragen läßt sich eine

differenzierte Einschätzung des aktuellen Potentials für bürgerschaftliches Engagement vornehmen:

(1) Wieviele Deutsche engagieren sich in freiwilliger Tätigkeit in Deutschland?

Die Daten des SOEP von 1994 zeigen, daß das Potential freiwilliger sozialer Tätigkeiten in Deutschland als sehr viel höher einzuschätzen ist: Fast ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung, also rund 16 Millionen Personen, hat sich 1994 in irgendeiner Form freiwilliger sozialer Tätigkeit engagiert. In Ostdeutschland ist der prozentuale Anteil geringer, aber er beläuft sich immerhin noch auf ein Fünftel der Bevölkerung (also knapp 2,5 Millionen Personen). Dieses Engagement wird vor allem in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten erbracht. Dieser Bereich ist dreifach so groß wie Aktivitäten bei Parteien, Bürgerinitiativen und in der Kommunalpolitik.

(2) Nimmt Freiwilligenarbeit in einer sich individualisierenden Gesellschaft zu oder ab?

Im Widerspruch zu öffentlich verhandelten "Diagnosen", die einen dramatischen Rückgang gemeinschaftsorientierter Engagements in einer individualisierten Gesellschaft unterstellen, bilden freiwillige soziale Tätigkeiten einen Wachstumsbereich. Den SOEP-Daten zufolge haben sie zwischen 1985 und 1994 um 5 Prozentpunkte zugenommen. Um fast 20 % zugenommen haben die unterschiedlichen Formen der Alltagssolidarität in familialen, nachbarschaftlichen und Freundschaftsnetzwerken.

(3) Wie viel Zeit wird in freiwilliges Engagement investiert und wie regelmäßig?

Für eine realistische Einschätzung des Tätigkeitspotentials außerhalb der Erwerbsarbeit ist bedeutsam, daß die regelmäßigen und zeitintensiven Formen des Engagements abgenommen haben und Muster des punktuellen und thematisch eingegrenzten Einsatzes häufiger werden.

(4) Unterscheidet sich das Engagement zwischen den Geschlechtern?

Im traditionellen Ehrenamt im Sozialbereich war der Frauenanteil überproportional hoch. Berücksichtigt man jedoch das Gesamtfeld freiwilligen Engagements zeigt sich, daß Männer einen höheren Anteil an diesem Bereich haben als Frauen. Bei Frauen überwiegt das unregelmäßige Engagement, während Männer bei den kontinuierlich geleisteten

Tätigkeiten überrepräsentiert sind. Ursache dafür dürfte die höhere Repräsentanz der Männer bei Vorstandstätigkeiten in Vereinen und Verbänden und ihr geringeres Engagement im Sozialbereich sein. Hinzu kommt die gewachsene Erwerbsneigung von Frauen, die ein regelmäßiges ehrenamtliches Engagement erschwert. Bei den Wachstumsraten freiwilligen Engagements liegen die Zuwächse bei den Frauen leicht über jenen der Männer und das gilt auch für die Bereiche Vereine und politisches Engagement.

(5) Engagieren sich Ältere mehr als Jüngere?

Die öffentlich immer wieder erhobene Behauptung, Jüngere würden sich weniger engagieren und sich mehr egozentriert verhalten, wird durch alle verfügbaren Daten, vor allem auch durch die neueste empirische Jugendforschung, eindeutig widerlegt. Außer bei Personen, die über 60 Jahre sind - bei ihnen sinkt das Engagement auf rund 20% - , liegen die Anteile bei allen übrigen Altersklasse bei ziemlich genau einem Drittel. Für alle Altersklassen, also auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, ist eine Zunahme bürgerschaftlichen Engagements zu registrieren. Bemerkenswert ist allerdings ein Rückgang des allgemein- und parteipolitischen Engagements bei den Jüngeren. Dieser Effekt zeigt sich in abgeschwächter Form auch bei der Altersgruppe der 26 - 40jährigen. Bei den höheren Altersklasse hingegen zeigt sich eher ein gegenläufiger Trend: Ihr politisches Engagement steigt, am deutlichsten bei den über 60jährigen.

(6) Hängt das Engagement von der Bildung und dem ökonomischen Status ab?

Für das freiwillige Engagement sind offensichtlich das Bildungs- und das ökonomische Kapital entscheidende Voraussetzungen. Arbeiter sind von allen Berufsgruppen am wenigsten ehrenamtlich tätig. Sie verfügen offensichtlich zu wenig über die zentralen Ressourcen für Engagement: Bildung und Einkommen. Eine gehobene Beamtenausbildung, abgeschlossenes Hochschulstudium und ein gutes Einkommen sind wohl die beste Voraussetzung für bürgerschaftliches Engagement. Bemerkenswert ist allerdings der überdurchschnittliche Zuwachs von Engagement bei Personen ohne Schulabschluß. Sie zeigen auch ein verstärktes Engagement bei Parteien und Bürgerinitiativen. Der genau gegenläufige Trend zeigt sich bei Personen mit Hochschulreife. Sie sind zwar im Durchschnitt noch immer die aktivste Gruppe im politischen

Bereich, aber in der Dekade von Mitte der 80er bis Mitte der 90er Jahre ist ihre Engagementbereitschaft um fast ein Drittel gesunken. Es zeichnet sich also eine stärkere Annäherung zwischen Menschen mit hohen und niedrigeren Bildungsabschlüssen ab.

(7) Ist die Religion noch eine Motivationsbasis für Freiwilligentätigkeit?

Die vermutete Abnahme religiöser Motivations- und Sinnstiftungsbasis für ehrenamtliche Tätigkeiten läßt sich auf der Basis der vorhandenen Daten nicht belegen. Ein vollkommener Bedeutungsverlust ist jedenfalls nicht festzustellen. Im Gegenteil: Personen mit religiöser Bindung zeigen höhere Aktivitätsbereitschaft als konfessionslose Personen. Die höchsten Werte weisen in Westdeutschland Personen mit katholischer Religionszugehörigkeit auf. Gut ein Drittel von ihnen beteiligt sich an ehrenamtlichen Aktivitäten. Deutlich geringer ist das Aktivitätspotential bei evangelischen Kirchenmitgliedern.

(8) Ist der der Umfang bürgerschaftlichen Engagements ein Indikator für verfügbare Zeit?

Unter der Fragestellung, ob ehrenamtliches Engagement vor allem für Menschen mit einer geringen oder gar keiner Erwerbsarbeit ein sinnvoller Ersatz sein könnte, zeigt die Befundlage immer noch einen eher gegenteiligen Effekt. Aber es zeigen sich auch bemerkenswerte Trends, die von den üblichen Interpretationsmustern deutlich abweichen. Zunächst erweist sich, daß Vollzeiterwerbstätige den höchsten Aktivitätsgrad an Freiwilligentätigkeiten aufweisen, teilzeiterwerbstätige Personen folgen knapp dahinter und - wiederum nur durch wenige Prozentpunkte getrennt - dann kommen arbeitslos gemeldete Personen. Im Zeitvergleich weist aber die Gruppe der Arbeitslosen die höchste Zuwachsrate auf. Generell scheint sich ein deutliche Steigerung im freiwilligen Engagement bei Nichterwerbstätigen entwickelt zu haben. "Zeitwohlstand" ist wohl auch bei Familien mit mehreren Kindern kaum eine erklärungskräftige Variable dafür, daß Paare mit Kindern das stärkste Engagement aufweisen und zwar zunehmend mit der Zahl der Kinder. Die geringste Aktivitätsrate ist bei Einpersonenhaushalten zu verzeichnen und der Anteilswert ist weiter rückläufig. Nur geringfügig höher war Mitte der 80er Jahre der Anteil bei Paaren ohne Kinder. 10 Jahre später verzeichnet dieser Haushaltstypus die höchsten Zuwachsraten.

(9) Verbessert freiwilliges Engagement die Lebenszufriedenheit?

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die durchschnittliche Lebenszufriedenheit und der Zukunftsoptimismus in Deutschland in den letzten Jahren rückläufig ist, zeigt sich ein eindeutiger Trend, daß Personen, die sich bürgerschaftlich engagieren, eine höhere Lebenszufriedenheit und einen positiveren Zukunftsbezug entwickeln. Die Zufriedenheit steigt tendenziell mit der Häufigkeit des ehrenamtlichen Engagements. Die zeitlichen Kosten für dieses Engagement werden offensichtlich psychisch kompensiert.

(10) Welche Motive führen zu bürgerschaftlichem Engagement?

Das klassische Ehrenamt schöpfte sehr stark aus einer religiös motivierten altruistisch-karitativen Grundhaltung, die als selbstverständliche Pflichterfüllung innerhalb des religiös-institutionellen Feldes kodiert war. Aber auch hier gab es sicherlich schon eine motivationale "Überdetermination". Biographische Situationen mußten zu den ehrenamtlichen Aufgaben passen. Diese Passungsfrage wird für das bürgerschaftliche Engagement noch zentraler. Motiv, Anlaß und Gelegenheit zum Engagement müssen in einer bestimmten biographischen Phase zusammentreffen. In den Motivstrukturen finden sich kulturell tradierte Werte wie Mitmenschlichkeit, Solidarität, Gemeinsinn und Hilfsbereitschaft genauso wie Wünsche nach mehr Authentizität und Selbstgestaltung, aber auch die Bewältigung eigener Lebenskrisen und schließlich auch der bewußte politische Gestaltungswille. Scheinbar unvereinbare Motivstränge können sich durchaus synergetisch verknüpfen: Etwas für andere und zugleich etwas für sich tun.

(11) Gewinnt das bürgerschaftliche Engagement gegenüber der Erwerbsarbeit an Identitätsrelevanz?

Die aktuelle Forschung zum subjektiven Stellenwert der Erwerbsarbeit zeigt, daß diese in ihrem Stellenwert für die subjektive alltägliche Identitätsarbeit eher an Bedeutung gewonnen hat. Das gilt gerade auch für Heranwachsende. Postmaterielle Werte werden nicht nur außerhalb der Arbeitssphäre zu realisieren versucht, sondern sie werden in hohem Maße auf die Arbeit selbst bezogen. Das bezieht sich sowohl auf arbeitsinhaltliche Ansprüche als auch auf kommunikativen Bedürfnisse, die im Arbeitsbereich befriedigt werden sollen. Für Tätigkeiten innerhalb des Handlungsfeldes der Erwerbsarbeit, aber auch für solche außerhalb, kann man eher ein gemeinsames Bündel miteinander verschränkter Erwartungen annehmen: Sie sollen die Person fordern, sie sollen Spaß

machen, kommunikative Möglichkeiten eröffnen, der eigenen Tätigkeit zurechenbare Produkte erbringen und soziale Anerkennung vermitteln.

(12) Wo zeigen sich die Potentiale freiwilligen sozialen Engagements vor allem?

Der erste Blick zeigt eine "Entpolitisierung" des bürgerschaftlichen Engagements. Die im Rahmen von politischen Parteien, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen erbrachten Leistungen nehmen ab. Auch im kirchlichen und wohlfahrtsverbandlichen Bereich geht das ehrenamtliche Engagement zurück. Zuwächse verzeichnen Vereine, Selbsthilfeinitiativen und neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements wie Freiwilligenagenturen, Tauschringe etc. Im Bereich der lebensweltlich erbrachten Alltagssolidarität scheinen sich die freiwilligen Aktivitäten immer stärker zu entfalten. Das könnte als stärkere "Privatisierung" von Engagement erscheinen. Zunächst drückt es wohl nur eine wachsende Disjunktion zwischen gemeinwohlorientierten Handlungsbereitschaften und einem öffentlichen Raum aus, in dem diese Potentiale keine geeigneten Kristallisationspunkte finden.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die These von Helmut Klages, daß ein "ein frei flottierendes Potential an Gemeinsinn in der Gesellschaft" existiere (in Körper-Stiftung 1993, S. 40), empirisch durchaus gehaltvoll ist. Es gibt deutliche Hinweise auf einen allmählichen Rückgang des traditionellen Ehrenamtes, der sich vor allem im Bereich der sozialen Dienste zeigt und der vor allem von den Repräsentanten traditioneller subsidiär erbrachter Wohlfahrtsleistungen registriert und beklagt wird. Es gibt aber insgesamt betrachtet eher eine Zunahme freiwilligem gesellschaftlichem Engagement. Allerdings - und das kommt in der Formulierung vom "frei flottierenden Potential an Gemeinsinn" gut zum Ausdruck - speist sich dieses Potential nicht mehr aus Motivlagen, die eine kontinuierliche oder gar lebenslange Anbindung an spezifische Institutionen erwarten läßt. Gerade die motivationalen Muster, die auf individuelle Authentizität oder auf konkrete Projekte der Veränderung in der eigenen überschaubaren Lebenswelt zielen, lassen eher punktuelle und projektbezogene Formen des Engagements erwarten.

Für einen wachsenden "bowling alone"-Effekt (vgl. Putnam 1995) gibt es in Deutschland keine beweiskräftigen Belege. Zwar gibt es einige spezifische Risikogruppen für Vereinsamung und mangelnde soziale Integration,

aber für die durchschnittliche Bevölkerung zeigt sich ein hohes Maß sozialer Vernetzung und daraus entstehender Alltagssolidarität. Dieses "soziale Kapital" ist allerdings gesellschaftlich ungleich verteilt. Dies zeigt sich letztlich auch in dem Befund, daß ökonomisch und bildungsmäßig privilegierte gesellschaftliche Gruppen auch in höherem Maße in freiwilligen gesellschaftlichen Aktivitäten beteiligt sind. Gleichzeitig gibt es jedoch auch Hinweise auf eine zunehmende Aktivierung von sozial benachteiligten und aus der Erwerbsarbeit ausgeschiedenen Gruppen.

Als deutlicher Trend zeichnet sich eine Verlagerung des Engagements aus den Bereichen politischer Parteien und Bürgerinitiativen hin zu überschaubaren Formen der Alltagssolidarität in den lebensweltlichen sozialen Netzen ab. Das gilt vor allem für Heranwachsende, die ihre Handlungsbereitschaften immer weniger auf den politischen Raum ausrichten.

Für einen Rückgang der zentralen Wertigkeit der Erwerbsarbeit für die individuelle Identität von Personen gibt es keine Hinweise. Eher im Gegenteil: Gerade auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind die subjektiven Sinnerwartungen an die Arbeit gewachsen. Das liegt durchaus im Trend einer allgemeinen Entwicklung, daß Tätigkeiten weniger in ihrer instrumentellen Funktion bewertet werden, sondern unter dem Aspekt der in ihnen selbst vermittelten Sinnschöpfung.

Das nicht unbeträchtliche Potential freiwilligen sozialen Engagements erfordert die Entwicklung neuer gesellschaftlicher Aktivierungsfelder. Die traditionellen Rekrutierungsinstitutionen werden dies ohne einen tiefgreifenden Wandel ihrer Leitbilder und ihres öffentlichen Erscheinungsbildes kaum leisten können. In seiner Gesellschaftsdiagnose spricht Helmut Klages von dem immer deutlicher erkennbaren "Grundbedürfnis" einer wachsenden Anzahl von Personen, "Subjekt des eigenen Handelns zu sein, das keineswegs mit dem Gemeinwohl in Widerspruch steht" (ebd.). Diesem Grundbedürfnis müssen die Handlungsformen bürgerschaftlichen Engagements Rechnung tragen.

SCHLUßFOLGERUNGEN

Ich möchte meine Überlegungen zusammenfassen und daraus einige allgemeinere Leitlinien für Gesellschaft und Politik ableiten:

1. Bürgerschaftliches Engagement ist von dem Leitbild einer Zivilgesellschaft geprägt, in der Selbstbestimmung, Partizipation und soziale Fairneß die Grundpfeiler sind. Bürgerinnen und Bürger sind in ihren Wünschen nach Mitgestaltung ihrer eigenen Angelegenheiten ernst zu nehmen. Sie wollen weder als "Kinder in Not", als Objekte staatlicher Kontrolle, noch als bloße KonsumentInnen öffentlicher Dienstleistungen angesehen werden. Staatliche Aktivitäten sollen soziale Dienste und Leistungen nicht einfach zur Verfügung zu stellen, sondern sich darum bemühen, eine Infrastruktur zu schaffen, die von der Philosophie des Empowerment geprägt ist. Sie soll gesellschaftlichen Kräfte und Ressourcen zu mobilisieren.

2. Die gegenwärtige Standortdebatte darf nicht auf ökonomische Prozesse reduziert werden. Eine demokratische Wohlfahrtsgesellschaft braucht neben dem ökonomischen auch kulturelles und *soziales Kapital*. Gemeint sind damit soziale Lebenszusammenhänge oder Lebenswelten, in denen jede Bürgerin und jeder Bürger die Chance hat, "Subjekt des eigenen Handelns" zu werden und in diesem Handeln seine Identität entwerfen, entwickeln und verändern zu können. Identität braucht Anerkennung und Anerkennung ist an soziale Zugehörigkeiten gebunden. Identität in diesem Sinne war in den Industriegesellschaften vor allem durch Erwerbsarbeit abgesichert. In dramatischer Weise lösen sich gegenwärtig arbeitsvermittelte Anerkennungsverhältnisse auf und bilden zunehmend weniger Identitätsgaranten. Soziale Zugehörigkeit, Lebenssinn und Identitätsarbeit in einer Zivilgesellschaft bedarf der Einbindung in "posttraditionale Gemeinschaften", deren aktive Förderung zu einem zentralen Anliegen staatlichen Handelns werden muß.

3. Woher soll dieses "soziale Kapital" in Zeiten der zunehmenden Individualisierung kommen? Verbraucht nicht der Individualisierungsprozeß alle Gemeinsinnressourcen? Sie werden verbraucht und zugleich auf "wunder-same" Weise erneuert! Verbraucht scheinen die klassischen Ressourcen aus dem Quell der Pflicht, der asketischen Selbstverleugnung, von Dienen und sich darin das "Himmelreich" verdienen. Aus dem oft so gnadenlos verteufelten Quell der Selbstentfaltung und -gestaltung scheinen am ehesten die neuen

Gemeinschaftsressourcen zu sprudeln. Menschen tun etwas für sich und überraschenderweise entsteht dabei nicht nur der "Tanz um das goldene Selbst", was von antihedonistische

*

***** Jahren - in allen Kommunen ein Wachstumsbereich. Klage geführt wird meist von Vertretern klassischer karitativer Verbände, bei denen real ein Einbruch an ehrenamtlichem Engagement zu registrieren ist. Der kirchlich verbandlich ungebundene Bereich bürgerschaftlichen Engagements nimmt zu und ist zu einem eigenständigen, pluralen und oft unbequemen Teil der sozialen Infrastruktur geworden. Kommunen und übergeordnete staatliche Instanzen haben unterschiedlich viel zur Förderung dieses Wurzelwerkes bürgerschaftlichen Engagements getan. Häufig hatte es den Charakter einer "Schönwetter"-Förderung, die bei gefüllten Kassen gewährt wird und die bei knappen Ressourcen auch wieder gesrichen werden kann (Beispiel: Streichung des §20 Gesundheitsförderung). Es wird geschätzt, daß sich in der BRD mehr als 2 Millionen Menschen in Selbsthilfeinitiativen betätigen. Das sind rund 3% der Erwachsenenbevölkerung. Das Potential ist sicher größer, wenn man diverse Vereine und die entstehenden Freiwilligenagenturen dazu rechnet. Verglichen mit anderen europäischen Ländern ist das trotzdem immer noch sehr wenig. In den Niederlanden sind nach Expertenschätzungen fast die Hälfte der Erwachsenen bürgerschaftlich aktiv. 25% betätigen sich im Durchschnitt 15,5 Stunden pro Monat. Der Gesamtwert dieser Aktivitäten entspricht ca. 8% des Bruttosozialproduktes. Bei etwa einem vergleichbarem Anteil der bundesdeutschen Bevölkerung ist eine Bereitschaft zu einem solchen sozialen Engagement ermittelt worden. Es kommt darauf an, Gelegenheitsstrukturen dafür zu schaffen und einen verlässlichen Anteil der staatlichen Budgets dafür festzulegen.

5. Aktivitäten zur Schaffung sozialen Kapitals bedürfen nicht nur der öffentlichen Anerkennung und Wertschätzung, sondern sie müssen als Wertschöpfung begriffen werden: Nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern auch soziale Gemeinschaftsinitiativen schaffen Werte, ohne die eine

postindustrielle Gesellschaft gar nicht existieren könnte. Wenn soziale Tätigkeiten so begriffen werden, dann müssen sie unserer Gesellschaft auch etwas "wert" sein. Die klassischen unverbindlichen und oft sogar zynisch wirkenden Anerkennungsformen für ehrenamtliche Tätigkeiten reichen nicht aus. Modelle monetärer Anerkennung, die gegenwärtig zur Diskussion gestellt werden, müssen ernsthaft aufgegriffen und umgesetzt werden: z.B. Anrechnung sozialen Engagements auf Steuer und Alterssicherung; steuerfinanzierte Grundsicherung oder "Bürgergeld für alle"; "öffentliche Stipendien" für die Beteiligung an gemeinschaftsorientierten Aktivitäten. Gestaltende Sozialpolitik muß Abschied nehmen von der Idee einer "Notversorgung" der Armen und Schwachen, sondern sollte von der Idee der Förderung und Schaffung der Ressourcen sozialer Selbstgestaltung bestimmt sein.

LITERATUR

- Bauman, Zygmunt: *Glokalisierung oder: Was für die einen Globalisierung, ist für die anderen Lokalisierung*. In: *Das Argument* 217, 38, 1996, S. 653 - 664.
- Beck, Ulrich: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt: Suhrkamp 1986.
- Beck, Ulrich: *Solidarischer Individualismus. An sich denken ist die Voraussetzung eines Daseins für andere*. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 02.03.1995.
- Dahrendorf, Ralf: *Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie*. Frankfurt: Suhrkamp 1979.
- Dettling, Warnfried: *Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 1995.
- Deutsche Gesellschaft für Freizeit (DFG) (1995). *Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft. Daten und Stellungnahmen zu Punkten der Großen Anfrage im Deutschen Bundestag*. o.O.
- Diewald, Martin: *Soziale Beziehungen: Verlust oder Liberalisierung? Soziale Unterstützung in informellen Netzwerken*. Berlin: edition sigma 1991.
- Grunenberg, Antonia: *Der Schlaf der Freiheit. Politik und Gemeinnsinn im 21. Jahrhundert*. Reinbek: Rowohlt 1997.
- Haug, Wolfgang Fritz: *Aussichten der Zivilgesellschaft unter Bedingungen neoliberaler Globalisierungspolitik*. In: *Das Argument* 217, 38, 1996, S. 665 - 682.
- Heinze, Rolf & Keupp, Heiner: *Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. Gutachten für die "Kommission für Zukunftsfragen" der Freistaaten Bayern und Sachsen*. Bochum/München 1997.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): *Was treibt die Gesellschaft auseinander?* Frankfurt: Suhrkamp 1997 (a).
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): *Was hält die Gesellschaft zusammen?* Frankfurt: Suhrkamp 1997 (b).
- Herzinger, Richard: *Die Tyrannei des Gemeinnsinns. Ein Bekenntnis zur egoistischen Gesellschaft*. Berlin: Rowohlt 1997.

Jaeger, Friedrich: Gesellschaft und Gemeinschaft. Die Gesellschaftstheorie des Kommunitarismus und die politische Ideengeschichte der "civil society" in den USA. In: T.Mergel & T.Welskopp (Hg.): Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte. München: C.H.Beck 1997, S. 299 - 322.

Körper-Stiftung (Hg.): Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft? 13./14.11.1993.

Putnam, Robert D. (1995). Bowling alone: America's declining social capital. *Journal of Democracy*, 6, S. 65 - 78.

Reese-Schäfer, Walter: Grenzgötter der Moral. Der neuere europäisch-amerikanische Diskurs zur politischen Ethik. Frankfurt: Suhrkamp 1997.

Schäuble, Wolfgang: Und der Zukunft zugewandt. Berlin: Siedler 1994.

Schwartz, Rolf Dietrich: Kapitalismus ohne Netz. Was hält die Gesellschaft noch zusammen? 2. Aufl. Berlin: Aufbau 1997.

Statistisches Bundesamt (o.J.). Sonderauswertung zur Broschüre "Wo bleibt die Zeit" - Ergebnis der Zeitbudgeterhebung 1991/92.

Toulmin, Stephen: Kosmopolis. Die unerkannten Aufgaben der Moderne. Frankfurt: Suhrkamp 1991.